AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES

Interpellation Luc Nünlist und Marc Winistörfer betr. Zusammenschluss Städtische Betriebe Olten (sbo) und Zofinger StWZ Energie AG

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 24 Juni 2025 wurde von Luc Nünlist und Marc Winistörfer eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Gemäss gemeinsamer Medienmitteilung vom 23. Juni 2025 prüfen die Städtischen Betriebe Olten (sbo), geführt durch die Aare Energie AG (a.en), und die StWZ Energie AG aus Zofingen (StWZ) einen Zusammenschluss. Ziel sei es, die Handlungsfähigkeit zu stärken, regulatorische Anforderungen künftig gemeinsam zu bewältigen und Synergien zu nutzen. Wir nehmen diese Ankündigung zur Kenntnis, sind als Mitglieder der städtischen Finanzkommission (FIKO) jedoch überrascht über den Zeitpunkt, da wir anlässlich der Vorberatung des a.en/sbo-Geschäfts nicht darüber informiert wurden.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Hält der Stadtrat den aktuellen Zeitpunkt für Fusionsüberlegungen angesichts der energie- und gebührenpolitisch angespannten Lage sowie der laufenden strategischen Neuausrichtung der sbo für angemessen?
2. Welche konkreten Vorteile erwartet sich die a.en/sbo aus dem Zusammenschluss für die Stadt Olten und die Oltner Kundinnen und Kunden der a.en/sbo? Welche Risiken oder Nachteile müssten allenfalls in Kauf genommen werden? Welche Haltung vertritt der Stadtrat dazu?
3. Welche Alternativen zu einem vollständigen Zusammenschluss wurden geprüft (z.B. lose Kooperation, gemeinsame Tochtergesellschaft, strategische Netzwerke)?
4. Wie wird sichergestellt, dass die Stadt Olten als Eigentümerin der sbo auch im neuen Konstrukt weiterhin über angemessene Mitbestimmungsrechte verfügt – insbesondere mit Blick auf strategische Ausrichtung, Tarifgestaltung, Versorgungssicherheit? Wie soll die bisher durch die Finanzkommission wahrgenommene politische Aufsicht nach einer Fusion sichergestellt werden?
5. Welche Bedeutung hat die vom Stadtrat beschlossene Eignerstrategie der sbo während den laufenden Fusionsverhandlungen – und welche Rolle soll sie in einem allfälligen Folgeunternehmen spielen?
6. Warum wurde die FIKO anlässlich der Vorberatung des a.en/sbo-Geschäfts nicht darüber informiert – obwohl offenbar bereits konkrete Gespräche geführt wurden?
7. Welche konkreten Mitwirkungsrechte erhält das Gemeindeparlament im Verlauf der Fusionsprüfung? Wie wird die Oltner Bevölkerung frühzeitig, transparent und nachvollziehbar über den Prozess informiert – insbesondere im Hinblick auf die obligatorische Volksabstimmung?
8. Welche Auswirkungen auf Gebühren und Tarife und somit für die Oltner Bevölkerung erwartet der Stadtrat im Falle einer Fusion?
9. Umfasst die Fusion alle Geschäftsbereiche (Strom, Gas und Wasser) oder sind einzelne Bereiche ausgenommen? Sollte die Trinkwasserversorgung Teil der

Fusionsverhandlungen sein, wie wird die Mitsprache der durch die sbo versorgten Umlandgemeinden gewährleistet?

10. Welche regulatorischen und institutionellen Herausforderungen ergeben sich aus einem Zusammenschluss über die Kantonsgrenze hinweg – insbesondere hinsichtlich steuerlicher Rahmenbedingungen, Konzessionsverhältnissen, politischer Zuständigkeiten und Hauptsitzfrage? Wie beurteilt der Stadtrat die langfristige Handhabbarkeit eines solchen interkantonalen Versorgungsunternehmens aus Sicht der Stadt Olten?
11. Welche Auswirkungen hätte eine Fusion auf die Arbeitsverhältnisse der sbo-Mitarbeitenden – insbesondere hinsichtlich Anstellungsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit und Standortfrage?

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrates wie folgt:

Generell gilt es festzuhalten, dass dem Parlament gemäss § 9 Statuten sbo die Oberaufsicht über die sbo zukommt und es in dieser Rolle alljährlich den Geschäftsbericht mit Bilanz und Erfolgsrechnung genehmigt. Demgegenüber hat der Verwaltungsrat laut § 17 die Aufgabe inne, die Aufsicht über das Unternehmen – sprich die strategische Führung – auszuüben und unter Vorbehalt der Befugnisse des Gemeindeparkaments sowie anderen Organen über Geschäfte zu entscheiden. Gemäss den Public Corporate Governance Richtlinien der EGO können Exekutivmitglieder selbst im strategischen Führungsorgan – sprich der sbo – Einsitz nehmen. Die Vorbereitung von strategischen Entscheiden, wie jene über den möglichen Zusammenschluss der sbo mit einem anderen Unternehmen, obliegen somit ebenfalls dem Stadtrat. Der Zeitpunkt über die Information der Parlamentsmitglieder und der Öffentlichkeit musste unter Rücksichtnahme der Mitarbeitenden beider Unternehmen sowie den politischen Behörden und der Bevölkerung beider Städte abgesprochen werden.

Wie in der Medienmitteilung vom 23. Juni 2025 informiert wurde, wurde seit Anfang Jahr im Rahmen einer Initialisierung eine erste Sondierung vorgenommen. Erst in den nächsten Monaten wird ein Detailkonzept erstellt, weshalb viele der Fragen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht detailliert beantwortet werden können.

Gerne beantworten wir die gestellten Fragen wie folgt:

1. *Hält der Stadtrat den aktuellen Zeitpunkt für Fusionsüberlegungen angesichts der energie- und gebührenpolitisch angespannten Lage sowie der laufenden strategischen Neuausrichtung der sbo für angemessen?*

Die Prüfung eines Zusammenschlusses erfolgt gestützt auf die Eigentümerstrategien von sbo und StWZ. Beide Unternehmen stehen in einem dynamischen Marktumfeld. Aufgrund der zunehmenden Herausforderungen der Energiemärkte sowie der Wasserversorgung und der komplexeren regulatorischen Vorgaben erachtet der Stadtrat den Zeitpunkt zur Prüfung eines Zusammenschlusses als richtig.

Gerade auch im Hinblick auf die Energiewende bietet ein Zusammenschluss Synergien und mehr Möglichkeiten für den Aufbau von Spezialwissen und bei der Mittelbeschaffung für Investitionen.

2. *Welche konkreten Vorteile erwartet sich die a.en/sbo aus dem Zusammenschluss für die Stadt Olten und die Oltner Kundinnen und Kunden der a.en/sbo? Welche Risiken oder Nachteile müssten allenfalls in Kauf genommen werden? Welche Haltung vertritt der Stadtrat dazu?*

Anhand des Zusammenschlusses sollen die sbo und StWZ als regionale Dienstleister inklusive derer Wertschöpfung vor Ort gestärkt werden. Auch können dadurch Arbeitsplätze in der Region gesichert werden. Ohne den Zusammenschluss besteht ein gewisses Risiko, dass die beiden Unternehmen längerfristig den Anschluss an eine grössere Gesellschaft suchen müssten, womit die regionale Mitsprache infrage gestellt wäre.

Für die Oltner Kundinnen und Kunden verbessert sich die Versorgungsperspektive durch, einen grösseren Ressourcenpool (z.B. im Bereich des Pikettdienstes) und langfristig stabilere Tarife – gestützt auf Synergie- und Skaleneffekte. Die Kundennähe und die bewährten lokalen Dienstleistungen bleiben erhalten.

Als mögliche Nachteile sind die Komplexität des Projekts, die zusätzliche Belastung für die Mitarbeitenden während der Übergangsphase und die Gefahr, dass gewisse Synergien nur langfristig realisiert werden können, zu nennen.

Der Stadtrat steht dem Zusammenschlussprojekt positiv gegenüber.

3. *Welche Alternativen zu einem vollständigen Zusammenschluss wurden geprüft (z.B. lose Kooperation, gemeinsame Tochtergesellschaft, strategische Netzwerke)?*

Vorstellbar wären eine gemeinsame Betriebsgesellschaft oder andere Konstrukte mit Töchter- oder Schwestergesellschaften gewesen. Aufgrund mangelnder valider regionaler Kooperationspartner und wegen gleichwertiger Strukturen von sbo und StWZ wurde der vollständige Zusammenschluss als die beste Lösung identifiziert.

4. *Wie wird sichergestellt, dass die Stadt Olten als Eigentümerin der sbo auch im neuen Konstrukt weiterhin über angemessene Mitbestimmungsrechte verfügt – insbesondere mit Blick auf strategische Ausrichtung, Tarifgestaltung, Versorgungssicherheit? Wie soll die bisher durch die Finanzkommission wahrgenommene politische Aufsicht nach einer Fusion sichergestellt werden?*

Beim neu entstehenden Unternehmen soll ein Mitspracherecht von je 50% für Zofingen und Olten bestehen, womit die beiden Städte zu je gleichen Teilen die Zusammensetzung der strategischen Führung bestimmen können. Zudem wird gemäss *good Public Corporate Governance* der Stadtrat der beiden Städte mittels abgesprochener Eigentümerstrategie die Stossrichtung des neuen Unternehmens vorgeben. In regelmässigen Eigentümergesprächen soll zudem, wie bis anhin, die Umsetzung der Eigentümerstrategie überprüft und Justierungsbedarf identifiziert werden. Fortwährend wird die Finanzkommission über den Geschäftsverlauf mittels periodischer Berichterstattung informiert und kann nötigenfalls die angemessene politische Weichenstellung vorbereiten. Das Parlament nimmt entsprechend seine Funktion als Organ der Oberaufsicht wahr.

5. *Welche Bedeutung hat die vom Stadtrat beschlossene Eignerstrategie der sbo während den laufenden Fusionsverhandlungen – und welche Rolle soll sie in einem allfälligen Folgeunternehmen spielen?*

Die bestehende Eigentümerstrategie behält nach wie vor ihre Gültigkeit bis die sbo und die StWZ im neuen Unternehmen aufgehen. Wie unter Frage 4 ausgeführt, soll für das

zukünftige Unternehmen eine neue, mit Zofingen abgesprochene Eigentümerstrategie zum Tragen kommen. Die Verhandlungen dazu werden im Rahmen des laufenden Projekts erfolgen.

6. *Warum wurde die FIKO anlässlich der Vorberatung des a.en/sbo-Geschäfts nicht darüber informiert – obwohl offenbar bereits konkrete Gespräche geführt wurden?*

Gegenüber dem Stadtrat, der Finanzkommission und dem Parlament wurde in den letzten Jahren stets informiert, dass laufend Gespräche mit anderen Gesellschaften in der Region für eine mögliche Zusammenarbeit stattfinden. Sobald dies konkreter wird, gilt es Rücksicht auf zahlreiche Anspruchsgruppen wie insbesondere die Mitarbeitenden der beiden Unternehmen, die politischen Behörden sowie die Bevölkerung beider Städte zu nehmen. Die bisherige Prüfung des Zusammenschlusses zwischen sbo und StWZ wurde daher unter der Führung der beiden Verwaltungsräte bearbeitet.

Um gleich lange Spiesse für alle Anspruchsgruppen der beiden Städte und der Unternehmen zu schaffen, wurde der Zeitpunkt der Information im Juni gemeinsam mit den beiden Stadträten vereinbart und eingehalten. So wurde vorab das Personal der sbo/aen und StWZ informiert, bevor die Parlamentsmitglieder einen Vorabversand der Medienmitteilung erhielten. Infolgedessen wurde via Medien die Öffentlichkeit informiert. Dieses Vorgehen und dessen Einhaltung schafft Vertrauen für die weiteren Verhandlungen.

Anlässlich der Sitzung der FIKO vom 12. Mai 2025 hat Daniel Probst auf entsprechende Frage ausgeführt, dass es laufend Gespräche bezüglich Kooperationen und Zusammenschlüsse gebe. Beispielsweise mit Primeo, den EW Aarburg, Zofingen und der Elektra Untergäu. Das werde vom Stadtrat auch gefordert.

7. *Welche konkreten Mitwirkungsrechte erhält das Gemeindeparlament im Verlauf der Fusionsprüfung? Wie wird die Oltnen Bevölkerung frühzeitig, transparent und nachvollziehbar über den Prozess informiert – insbesondere im Hinblick auf die obligatorische Volksabstimmung?*

Im Rahmen des weiteren Projektverlaufs wird eine Begleitgruppe bestehend aus Vertretungen der beiden Legislativen (Gemeindeparlament Olten und Einwohnerrat Zofingen) geschaffen. Deren Anliegen werden für die Erarbeitung der notwendigen Grundlagen entscheidend sein. Nicht zuletzt sind es diese beiden Gremien, welche über das Geschäft entscheiden werden. Im Fall von Olten wird bei einem Zusammenschluss zudem zwingend die Bevölkerung darüber abstimmen müssen. Diese soll deshalb kontinuierlich und transparent, z.B. via Medien, Veranstaltungen und gezielte Kommunikation im Vorfeld der Abstimmung, informiert werden.

8. *Welche Auswirkungen auf Gebühren und Tarife und somit für die Oltnen Bevölkerung erwartet der Stadtrat im Falle einer Fusion?*

Die Motivation für den Zusammenschluss kommt vor allem aus dem sich ändernden Marktumfeld und den komplexeren regulatorischen Anforderungen. Dies führt zu einer Konsolidierung und entsprechend zu grösseren Unternehmen. Um die regionale Mitsprache sicherzustellen, werden die beiden Unternehmen selbst aktiv, bevor das Risiko aufkommt, sich einer grösseren Gesellschaft anschliessen zu müssen. Vor diesem Hintergrund sind die Auswirkungen eines Zusammenschlusses zwischen der StWZ und sbo nicht im Vergleich zum Status Quo zu sehen. Das realistischere Alternativszenario wäre langfristig der Anschluss an eine grössere Gesellschaft.

Wie sich diese beiden Szenarien (regionaler Zusammenschluss und Anschluss an eine grössere Gesellschaft) im Hinblick auf die Gebühren und Tarife unterscheiden, ist zum aktuellen Zeitpunkt schwierig abschätzbar, da die Energiemärkte stark von externen Faktoren beeinflusst sind. Sicher ist jedoch, dass die beiden Städte mit dem nun geprüften Zusammenschluss mehr Mitspracherecht bei der Höhe der Gebühren und Tarife haben werden, als das beim Anschluss an eine grössere Gesellschaft der Fall wäre.

9. *Umfasst die Fusion alle Geschäftsbereiche (Strom, Gas und Wasser) oder sind einzelne Bereiche ausgenommen? Sollte die Trinkwasserversorgung Teil der Fusionsverhandlungen sein, wie wird die Mitsprache der durch die sbo versorgten Umlandgemeinden gewährleistet?*

Der Zusammenschluss wird für alle Geschäftsbereiche der sbo (Strom, Gas, Wärme und Wasser) geprüft. Die Wasserbereitstellung für die Gemeinden Trimbach, Starrkirch-Wil, Unterer Hauenstein und Wangen bei Olten wird jederzeit sichergestellt. Deren Mitsprache erfolgt über die weiterhin bestehenden Konzessions- und Versorgungsbeziehungen.

10. *Welche regulatorischen und institutionellen Herausforderungen ergeben sich aus einem Zusammenschluss über die Kantonsgrenze hinweg – insbesondere hinsichtlich steuerlicher Rahmenbedingungen, Konzessionsverhältnissen, politischer Zuständigkeiten und Hauptsitzfrage? Wie beurteilt der Stadtrat die langfristige Handhabbarkeit eines solchen interkantonalen Versorgungsunternehmens aus Sicht der Stadt Olten?*

Die Fragen zu den Themen Steuern, Konzession und Standorten wurden unter vielen anderen identifiziert und sollen im Rahmen des Detailkonzepts beantwortet werden. Es ist jedoch festzuhalten, dass sowohl die sbo als auch StWZ bereits heute über die Kantonsgrenzen hinweg tätig sind, und auch andere Energieversorger in mehreren Kantonen aktiv sind. Die Machbarkeit ist somit gegeben.

Zudem ist die Stadt Olten in verschiedenen Gremien wie beispielsweise Aareland bestens mit Gemeinden anderer Kantone vernetzt und hat dadurch verschiedene Plattformen, um kantonsübergreifende Fragen zu erörtern.

11. *Welche Auswirkungen hätte eine Fusion auf die Arbeitsverhältnisse der sbo-Mitarbeitenden – insbesondere hinsichtlich Anstellungsbedingungen, Arbeitsplatzsicherheit und Standortfrage?*

Es sind keine Entlassungen geplant. Die Anstellungsbedingungen sollen gleichwertig bleiben. Es ist ein gemeinsamer Hauptsitz, sowie weiterhin je ein betrieblicher Einsatzort in Olten und Zofingen geplant. Der Zusammenschluss bietet den Mitarbeitenden neue Entwicklungsmöglichkeiten.